



Parlamentssitzung 9. November 2009

Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)
19.00 – 21.45 Uhr

Vorsitz	Harald Henggi (FDP), Parlamentspräsident	
Anwesend	Peter Antenen (FDP) Alfred Arm (SP) Annemarie Berlinger-Staub (SP) Bernhard Bichsel (jfk) Markus Bont (EVP) Christian Burren (parteilos) Ignaz Caminada (CVP) Claudia Egli-Steiner (SP) Heinz Engi (FDP) Mario Fedeli (SP) Liz Fischli-Giesser (Grüne) Claude Gafner (jfk) Martin Graber (SP) Hermann Gysel (EVP) Thomas Herren (FDP) Niklaus Hofer (SVP) Erika Kobel-Itten (FDP) Hanspeter Kohler (FDP) Verena Koshy (CVP)	Daniel Krebs (SVP) Stefan Lehmann (SVP) Ruedi Lüthi (SP) Anna Mäder (SP) Urs Maibach (Grüne) Hans Moser (SVP) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rüeegsegger (SVP) Ueli Salvisberg (parteilos) Christoph Salzmann (SP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Rolf Zwahlen (EVP)
Entschuldigt	Evelyn Bühler (FDP) Brigitta Matter (SD)	Markus Stähli (FDP) Ursula Wyss (Grüne)
Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Urs Wilk (FDP), Vizepräsident Judith Ackermann (FDP) Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Marianne Streiff (EVP) Ueli Studer (SVP)
Sekretär	Markus Heinzer	
Protokoll	Ruth Spahr	

Inhaltsverzeichnis

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 19. Oktober 2009	219
2. Kommissionsersatzwahlen	219
3. IAFP 2010.....	219
4. Voranschlag 2010.....	225
5. 0918 Motion (SP) "Hundert neue, günstige Wohnungen".....	231
6. Verschiedenes.....	234

Begrüssung

Parlamentspräsident Harald Henggi: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen IAFP- und Budgetdebatte. Den Spruch aus der Ovo-Werbung "nicht besser, aber länger" möchte ich für unsere Debatte ändern in "besser, aber kürzer", dies im Gegensatz zur sehr langen Budgetdebatte des Berner Stadtrates.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 33 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig. Martin Graber und Claude Gafner werden etwas später eintreffen.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Der ordentliche Versand der Parlamentsakten erfolgte am 15. Oktober 2005, der Nachversand der IAFP-Unterlagen am 21. Oktober und ein zweiter Nachversand für das Traktandum 2, Kommissionsersatzwahl und das Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 2009, am 6. November 2009. Auf Ihren Pulten liegen auf: Das Geschäftsreglement des Parlaments mit Änderungen bis 19. Oktober 2009, der Mitwirkungsbericht REK (Raumentwicklungskonzept) und zusätzlich ein Flyer des Jugendparlaments zur Abstimmung über das Stimmrechtsalter 16.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Harald Henggi: Da das Protokoll der Sitzung vom 19. Oktober 2009 erst kurz vor der Parlamentssitzung verschickt werden konnte, schlage ich vor, die Genehmigung auf die Sitzung vom 7. Dezember 2009 zu verschieben. Die Traktandenliste wird genehmigt.

Martin Graber trifft um 19.10 Uhr ein.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 19. Oktober 2009

Parlamentspräsident Harald Henggi: Das Traktandum wird auf die Sitzung vom 7. Dezember verschoben (siehe unter Traktandenliste).

2. Kommissionsersatzwahlen

Parlamentspräsident Harald Henggi: In der Schulkommission Liebefeld ist die Ersatzwahl für den frei gewordenen Sitz von René Hauser (Sitzanspruch FDP) vorzunehmen.

Wahl

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt Herrn Maurizio Della Mura, Oberscherli (FDP), als Mitglied der Schulkommission Liebefeld für den Rest der laufenden Amtszeit, d. h. vom 9. November 2009 bis 31. Juli 2010, als gewählt.

Claude Gafner trifft um 19.40 Uhr ein.

3. IAFP 2010

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Wir gehen wie folgt vor: Zuerst wird eine allgemeine Diskussion abgehalten. Anschliessend findet die Detailberatung über den IAFP nach Kapiteln, über den Finanzplan optimistische Variante und über die Produktebeschreibungen statt. Abschliessend erfolgt die Abstimmung über zustimmende, teilweise zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Eine Vorbemerkung: Die GPK hat den IAFP und den Voranschlag 2010 gemeinsam beraten. Ich werde mich jedoch separat zu beiden Traktanden äussern. Gewisse Angaben meinerseits haben jedoch für beide Traktanden Gültigkeit.

Der IAFP wie auch der Voranschlag 2010 sind auf die neue Verwaltungsstruktur gemäss köniz.fünf umgestellt worden. Dafür mussten über 5'000 Konti geändert und angepasst werden. Aus diesem Grund haben sich kleine Detailfehler eingeschlichen, was jedoch keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis hat. Die Details sind zum Teil nicht mehr mit dem Vorjahr vergleichbar. Ich warne davor, sich im Voranschlag 2010 zu stark auf die Laufende Rechnung (chamoisfarbige Seiten) zu fokussieren.

Die Hochrechnung 2009, der IAFP und der Voranschlag 2010 sowie der Prozess zur Steuerbudgetierung sind der GPK mittels einer Powerpointpräsentation vorgestellt worden. Herzlichen Dank an den Gemeinderat und die zuständigen Verwaltungsstellen für die ausführliche Berichterstattung. Zur Hochrechnung 2009: Die im IAFP 2010 enthaltene Hochrechnung 2009 mit dem ausgewiesenen Ertragsüberschuss von rund 3 Millionen Franken ist bereits wieder Makulatur. Die neueste Hochrechnung rechnet mit einem Ertragsüberschuss von 812'000 Franken, ursprünglich waren 652'000 Franken budgetiert. Die GPK ist ausführlich über den Prozess der sehr komplexen Steuerbudgetierung informiert worden. Im Vergleich der letzten sechs Jahre ist dreimal zu viel und dreimal zu wenig Steuerertrag budgetiert worden. Wir sind ausserdem ausführlich über die Veranlagung von juristischen Personen in Kenntnis gesetzt worden. Diese Angaben sind vertraulich. Vergleichen wir den IAFP 2010 mit dem letztjährigen, hat sich die Entwicklung der Gemeindefinanzen für die nächsten fünf Jahre komplett geändert. Das Bild ist düster. Mit den Unterlagen zur Sitzung ist dem Parlament ein zusätzlicher Finanzplan, die Variante optimistisch, zugestellt worden. Diese Variante relativiert das Bild des Finanzplans im IAFP etwas. Es besteht kein Grund zur Panik, man darf die Sache aber keineswegs auf die leichte Schulter nehmen. Gemeinderat und Parlament werden in der nächsten Legislatur gefordert sein, eine vernünftige Finanzpolitik zu betreiben. Ersichtlich ist, dass sich die Schere zwischen stagnierenden oder nur leicht steigenden Erträgen und stark steigenden Kosten – vor allem im Lastenausgleich und bei den Sozialausgaben – immer stärker öffnet. Das sind Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die konkreten Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen sind heute nur ansatzweise ersichtlich. Es zieht wieder Nebel auf.

Detailfragen und Bemerkungen aus der GPK-Sitzung: Die kantonale Steuergesetzrevision ist einige Male erwähnt worden. Die Steuerentlastungen vor allem für Familien sind vom kantonal-bernerischen Souverän angenommen worden. Damit sinken diese steuerbaren Einkommen, was für die Gemeinde Köniz rund 2,8 Millionen Franken weniger Steuereinnahmen bedeutet.

Die Investitionsquote ist auf 12 Millionen Franken festgesetzt. Im IAFP sind Objekte ausserhalb der Quote aufgeführt, die Ballsporthalle und das RAZ (Regionales Ausbildungszentrum Platten). An diese werden Darlehen vergeben, die Zinserträge generieren und nicht abgeschrieben werden müssen.

Aus der KSF wurde die Frage gestellt, weshalb die Ausgaben für die Familienausgleichskasse steigen. Das Parlament hat im September 2008 den Änderungen des Lohnreglements des Personals der Gemeinde Köniz in Bezug auf die Familienzulage zugestimmt. Bedingt durch die Altersstruktur des Gemeindepersonals sind hier höhere Ausgaben zu gewärtigen.

Steuerertrag: Die "top ten" der juristischen Personen zahlen rund 90 Prozent der Steuern der Gemeinde Köniz, d. h. die einzelnen Abschlüsse dieser Firmen haben einen relativ grossen Einfluss auf die Steuererträge der juristischen Personen.

Produktgruppen flächendeckend: Das Polizeiinspektorat generiert tatsächlich Einnahmen, dies vor allem aufgrund von Busseneinnahmen. In der Produktgruppe 126.3, Abfallbewirtschaftung, muss für 2011 eine Gebührenerhöhung vorgenommen werden, weil die Spezialfinanzierung ansonsten in eine Unterdeckung gerät.

Zu den Fokus-Produktgruppen wurde aus den Reihen der KSF gefragt, weshalb die Planzahlen nicht verändert werden dürfen. So sei beispielsweise die Zahl 120 Kita-Plätze längst über-

holt. Die Antwort lautete dahingehend, dass diese Planzahlen politische Entscheide sind und nicht von der Verwaltung angepasst werden dürfen, auch wenn sie übertroffen werden. Der neue Gemeinderat wird die Legislaturziele 2010 – 2013 beschliessen und die Zahlen bei Bedarf anpassen. Einige GPK-Mitglieder haben festgehalten, dass sich der Gemeinderat bereits heute mit der Aufgabenüberprüfung und Verzichtsplanung auseinandersetzt. Der Gemeinderat will nun die definitiven Zahlen der Steuererträge und der Rechnung 2009 abwarten. Setzt sich der Negativtrend fort, will er in der neuen Zusammensetzung Massnahmen beschliessen, die ins Budget 2011 einfliessen können. Verschiedene GPK-Mitglieder haben festgestellt, dass der IAFP noch nicht das gewünschte politische Führungsinstrument ist. Es handle sich um eine Weiterschreibung von Zahlen ohne politische Entscheide, die nur ungenügend aufzeigt, wohin die Gemeindefinanzen führen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Stimmen zustimmend und 3 Stimmen teilweise zustimmend vom IAFP 2010 Kenntnis zu nehmen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Wie Ihnen Stefan Lehmann richtig erläutert hat, fällt die Hochrechnung 2009 gemäss den neuesten Zahlen tatsächlich weniger gut aus als erwartet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise wirft ihre Schatten auch auf das Rechnungsergebnis 2009. Wir rechnen aufgrund neuerer Erkenntnisse, die bei der Erstellung des Budgets noch nicht vorhanden waren, mit einem Ertragsüberschuss von 810'000 Franken. Der Versand der zweiten Steuererrate hat zu diesen neuen Erkenntnissen geführt. Das Eigenkapital wird – wenn das Rechnungsergebnis 2009 gemäss dieser Hochrechnung ausfällt – Ende 2009 rund 17,6 Millionen Franken betragen. Ich weise allerdings darauf hin, dass die Prognosegenauigkeit bei 2 bis 3 Prozent des Umsatzes liegt, d. h. 4 bis 6 Millionen Franken.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): In den Augen der CVP/EVP-Fraktion ist der IAFP ein ausgezeichnetes Instrument. Er hat sich, auch dank diverser Diskussionen im Parlament, zu einem guten und verständlichen Nachschlagewerk entwickelt. Das Zusatzdokument Produktbeschreibungen ist ebenfalls wertvoll. Ehrlicherweise müssen wir festhalten, dass der IAFP mehr Aussagekraft hat als der Voranschlag, da er übersichtlicher und lesbarer ist. Sehr hilfreich sind die Hinweise auf die entsprechenden Konti des Voranschlags. Optimierungsmöglichkeiten wird es immer wieder geben.

Die CVP/EVP-Fraktion wird in der Detailberatung auf einzelne Punkte hinweisen. Wir werden vom IAFP 2010 zum Teil zustimmend, respektive aufgrund der schlechten Finanzkennzahlen vereinzelt nur teilweise zustimmend Kenntnis nehmen. Wir stellen uns die Frage, ob der Gemeinderat dem Finanzplan die notwendige Beachtung schenkt. Betrachten wir den Finanzplan – sei es der erste oder die Variante optimistisch – und nehmen wir ihn ernst, müssten bereits erste Massnahmen in den IAFP fliessen. Das Instrument IAFP soll aufzeigen, in welche Richtung es geht.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Grünen Köniz nehmen zustimmend vom IAFP Kenntnis, was jedoch nicht bedeutet, dass wir in allen Punkten einverstanden und mit der Entwicklung zufrieden sind. Auffallend sind die nicht rosigen Kennzahlen. Das Jahr 2010 sieht noch einigermaßen gut aus, die anschliessenden Jahre nicht mehr. Die Könizer IAFP-Problemzone liegt eindeutig bei den Investitionen. Der Investitionsanteil fällt wieder unter 10 Prozent und der Selbstfinanzierungsanteil sinkt auf tiefe Werte. Wenn sich die Zahlen tatsächlich gemäss dieser Planung entwickeln, sind auf jeden Fall Sparmassnahmen notwendig. Trotz der doch düsteren Aussichten sind die Grünen für die Senkung des Steuerfusses auf 1,49. Dass die Investitionen hoch gehalten werden, gefällt uns ebenfalls. Für das Schlossareal und die Realisierung der Tramlinie 10 sind rund 2 Millionen Franken reserviert, ein doch eher bescheidener Betrag. Der eingesetzte Betrag für Haussanierungen scheint uns korrekt. Da energietechnische Sanierungen dringend notwendig sind, ist dies richtig und wichtig. Ein Wort zu den Fokus-Produktgruppen: Der Gemeinderat scheint aufgrund der Kennwerte auf gutem Weg zu sein. Allerdings bezweifeln wir, ob einzelne Kennwerte wirklich eine grosse Aussagekraft haben. Die Grünen Köniz werden vom IAFP zustimmend Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos): Ich danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse Arbeit, die hinter der Erstellung des IAFP steht. Die Zahlen im IAFP verändern sich jedoch von Jahr zu Jahr relativ stark und werden den jeweiligen Gegebenheiten angepasst. Der Vergleich des diesjährigen IAFP mit dem letztjährigen ist relativ schwierig und manchmal macht sich leise Enttäuschung breit, obschon ich den IAFP als Instrument sehr be-

grüsst habe. Er gibt uns detailliert Auskunft über die einzelnen Aufgaben und gewisse Aufschlüsse. Offenbar ist er jedoch noch nicht das verbindliche Steuerungsinstrument gemäss unseren Vorstellungen. Wie meine Vorredner bereits erwähnt haben, müsste im IAFP ersichtlich sein, wie einer Entwicklung entgegengewirkt werden kann. Ebenfalls sollten die dafür vorgesehenen einzelnen Massnahmen ersichtlich sein. Die trüben Aussichten im Finanzplan geben uns zu denken. In fünf Jahren soll unser ganzes Eigenkapital bereits wieder abgebaut sein und schon ist wieder ein Bilanzfehlbetrag enthalten. Hier müssen erste Massnahmen bereits eingeleitet werden und zumindest in Ansätzen erkennbar sein. Offensichtlich ist, dass die leicht steigenden Erträge den stark steigenden Aufwand nicht decken können. Diese Entwicklung gilt es grundsätzlich zu stoppen. Die SVP-Fraktion wird zu diesem Thema einen Vorstoss einreichen.

Die SVP-Fraktion nimmt aufgrund der schlechten Kennzahlen nur teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Einige lesen die Zukunft aus den Wolken, andere schauen dafür Teeblätter an, wieder andere schenken den Konjunkturforschern Glauben und einige vertrauen auf den IAFP. Ich will die Arbeit, die hinter der Erarbeitung des IAFP steht und seinen Wert nicht schmälern. Gerade die letzten Monate haben aber gezeigt, dass die Aussagekraft von Prognosen und Hochrechnungen relativ sind. Unter diese Vorzeichen fällt unsere Würdigung von Finanzplan und IAFP, die nicht begeistert ausfällt. Man zeigt uns auf, dass bis ins Jahr 2014 das Eigenkapital fast aufgebraucht sein wird und der Aufwand gegenüber dem laufenden Jahr um weit mehr als 20 Millionen Franken zunimmt. Das kann und darf nicht sein, unabhängig davon, ob die Prognose stimmt oder nicht. Wir wollen keine neuen Bilanzfehlbeträge und das Ausgabenwachstum ist nicht einfach die "höhere Macht", die uns Jahr für Jahr heimsucht. Deshalb ist aus unserer Sicht die Aussage des Finanzplans nicht die, dass wir im Jahr 2014 kein Eigenkapital mehr haben, sondern, dass wir dafür besorgt sein müssen, in Zukunft keine Bilanzfehlbeträge zu generieren und das Budget im Gleichgewicht zu halten. Das gilt auch für die Investitionen. Richtig ist zwar, dass die Investitionen auch im nächsten Jahr auf hohem Niveau gehalten werden sollen. Investitionen sind jedoch kein langfristiger Selbstzweck. Dort wo und dann wenn sie Sinn machen, ja. Aber nicht einfach investieren, damit investiert ist. Zwar gibt der Investitionsplan wertvolle Hinweise darauf, was in den nächsten Jahren angegangen werden soll. Je weiter hinaus der Zeithorizont jedoch geht, um so mehr sind wir im Bereich Wunschkonzert. Der Produkteteil des IAFP und der IAFP selber sind generell tatsächlich sehr illustrativ. Eine Bemerkung des Gemeinderates ist aber absolut korrekt: Gliederung und Inhalt des IAFP und der Planungsbeschluss müssen evaluiert werden. Diese Instrumente bringen sicher noch nicht das Erhoffte. Die Steuerung via IAFP ist sehr beschränkt. Es kann der Eindruck entstehen, dass hier einfach Zahlen eingefüllt werden, die homöopathisch Jahr für Jahr erhöht werden. Auch der Planungsbeschluss fristet bis anhin ein eher ruhiges Dasein. Sowohl Gemeinderat wie auch Parlament müssen sich Gedanken über die Weiterentwicklung und die künftige Anwendung dieser Instrumente machen.

Die FDP/jfk-Fraktion wird vom IAFP teilweise zustimmend Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Ich kann dort weiterfahren, wo ich letztes Jahr aufgehört habe. Da wir zum Glück auf eine voreilige Steuersenkung verzichtet haben, konnte eine Ernte von ungefähr drei Steuerzehnteln eingefahren werden. Das Polster von rund 17 Millionen Franken Eigenkapital ist nun notwendig, um die kommenden stürmischen Zeiten zu überstehen. Der IAFP zeigt keine rosige Zukunft auf. Je nach Szenario ist mit neuen Bilanzfehlbeträgen ab 2013 oder 2014 zu rechnen und die Finanzkennzahlen zeigen ebenfalls nach unten. Die Aussichten sind aber nicht deshalb düster, weil die Gemeinde unsorgfältig wirtschaftet, sondern weil in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Sozialausgaben einerseits beträchtlich steigen werden und andererseits die Steuereinnahmen von juristischen Personen einbrechen. Die SP hat in Anbetracht dieser Lage Verständnis für jene, die sorgenvoll die Stirn runzeln und die Steuersenkung auf 2010 nicht verstehen. Wir haben jedoch kein Verständnis für jene Kreise, die weiterhin mantramässig nach noch radikaleren Steuersenkungen rufen. Die SP steht zu Steuersenkungen, darauf hat sie schon seit Jahren hingewiesen. Wir haben aber auch andere Ziele und werden den Weg zwischen den verschiedenen Anliegen suchen müssen. Dem Instrument IAFP wird vorgeworfen, dass keine Korrekturen oder Massnahmen enthalten sind, die der desolaten Lage entgegenwirken könnten. Meiner Meinung nach greift dies zu kurz. Ausgangspunkt der Aufgaben- und Finanzplanung sind die bestehenden Verhältnisse. Prognosen sollen dann voraussehbare Veränderungen des Umfelds, wie z. B. der Steuereinnahmen oder der Entwicklung von kommenden Sozialausgaben oder Auswirkungen von kantonalen Beschlüssen, mitberücksichtigen und mit einbeziehen, auch wenn dort – wie Mark Stucki

zu Recht gesagt hat – Prognosen schwierig sind. Der IAFP beinhaltet dies, wie auf Seite 4 nachzulesen ist. Er ist damit Grundlage und Ausgangspunkt für die politische Diskussion, wie der Entwicklung entgegengesteuert werden soll. Der IAFP soll nicht eine selbsterfüllende Prognose enthalten, sondern eine selbstzerstörende. Für mich ist deshalb der letzte Satz in Kapitel 3 der Vorlage der wichtigste: "Er beabsichtigt im Verlaufe des Jahres 2010 eine Aktualisierung der Finanzstrategie zu prüfen." Der Gemeinderat hat sich in der GPK etwas verbindlicher geäußert als hier im Papier. Er täte aber gut daran, dies nicht nur in der GPK zu tun. Die Entwicklung des finanzpolitischen Umfelds ist noch unsicher, jetzt aber schon eine Verzichtsplanung einzuleiten, wäre eine Panikreaktion. Der Finanzvorsteher und der Gemeinderat sollen mit ihrer gewohnten und doch einigermaßen erfolgreichen Ruhe den Weg durch den Nebel finden, der uns durch die Grosswetterlage der Finanz- und Wirtschaftskrise beschert worden ist. Die SP-Fraktion nimmt mehrheitlich teilweise zustimmend Kenntnis vom IAFP. Dies weil sie der Meinung ist, dass Handlungsbedarf vorhanden ist.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich danke für die gehaltenen Voten. Aufgrund der weltweiten Rezession in welche wir geraten sind, sieht der IAFP nun ganz anders aus als vielleicht noch vor einem halben Jahr. Der IAFP mit Finanzplan ist im Juni 2009 erstellt worden und aufgrund der neuen Konjunkturprognosen im September/Oktober 2009 ist ein zusätzlicher Finanzplan (Variante optimistisch) erstellt worden. Verschiedenste Konjunkturprognoseinstitute, das secO, das BAK Basel oder die KoF der ETH, sehen einen Silberstreifen am Horizont, der uns die Erstellung dieser optimistischeren Variante möglich macht. Wir haben diese optimistischere Variante in der GPK erklärt und detailliert aufgezeigt, wie die Annahmen verändert worden sind. Gestützt auf den etwas optimistischeren Finanzplan ist ersichtlich, dass sich das Budgetdefizit in den Folgejahren auf 5 Millionen Franken stabilisiert. Diese 5 Millionen Franken Defizit müssen ernst genommen werden. Betrachtet man das Ganze aber aus der Sicht, wie jeweils in eine Budgetrunde gestartet wird, kann man zum Schluss gelangen dass die 5 Millionen Franken Defizit nicht sehr dramatisch sind. Der hier abgebildete IAFP – gestützt auf die Prognosen im Juni 2009 – gibt Anlass zu Angst und Sorgen, weil das Budgetdefizit jedes Jahr höher ausgewiesen ist.

Der Gemeinderat ist zur Überzeugung gekommen, dass infolge der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Finanzplan sehr wenig Verlass ist. Der Gemeinderat überblickt das nächste Jahr und vielleicht ansatzweise noch das Jahr 2011. Das ist im Übrigen auch in der Privatwirtschaft so. Planjahre die über das Jahr 2011 hinausgehen, sind gemäss den Aussagen von Fachpersonen äusserst schwierig zu prognostizieren. Ich bestätige, dass der Gemeinderat nach dem Vorliegen des Rechnungsergebnisses 2009 vorsieht, den IAFP und die Finanzstrategie zu überprüfen. Sollte der Trend wie im IAFP aufgeführt weitergehen, müssen Sanierungsmassnahmen geprüft werden. Über diese Sanierungsmassnahmen muss eine politische Debatte geführt werden. Wie Mark Stucki gesagt hat, ist das Ausgabenwachstum nicht einfach höhere Macht, sondern hat klare Ursachen. Diese liegen jedoch nicht bei der gemeinderätlichen Finanzpolitik, sondern andernorts. Darüber habe ich eine klare Meinung. Ich möchte die Aussage, dass der Gemeinderat angesichts der Planzahlen noch nichts unternommen hat, relativieren. Wir haben im Voranschlag 2010 bereits erhebliche Sparanstrengungen unternommen. Wenn neue Aufgaben wie Tagesschulen und gewisse Verstärkungen im Bildungsbereich, abgezogen werden, wie auch der Effekt der Integration der Buchhaltung 5 – die neu im Budget integriert ist –, haben Gemeinderat und Verwaltung beim Personalaufwand mindestens 1,3 Millionen Franken und beim Sachaufwand mindestens 400'000 Franken gegenüber dem Voranschlag 2009 real abgebaut. Das ist gemäss meiner Einschätzung viel und eine erste Reaktion. Ich halte noch einmal fest, dass Sanierungsmassnahmen geprüft werden, sollte der momentane Trend anhalten. In diesem Sinn stossen Voten in diese Richtung, die durch einen Vorstoss untermuert werden sollen, bei mir jedenfalls auf Verständnis.

Detailberatung

Investitionsplan Seiten 13 - 29

Ignaz Caminada (CVP): In der CVP/EVP-Fraktion ist die Frage gestellt worden, was der Gemeinderat unter einer Hochrechnung versteht. Eine Hochrechnung stellt in unseren Augen das aktuelle Wissen dessen dar, was im Rechnungsjahr 2009 noch auszugeben ist. Wenn dem so ist, verstehen wir nicht, weshalb auf Seite 24 in Konto 3750.503, Niederwangen, Flachdachsanierungen Klassentrakt, Aula + TH, die geplanten 270'000 Franken spurlos verschwunden sind. Wenn diese Sanierung in der Zwischenzeit realisiert worden ist, muss gemäss meinem Verständnis ein Betrag dafür in die Hochrechnung eingesetzt sein. Ist die Sanierung noch nicht

erfolgt, ist der entsprechende Betrag im Jahr 2010 oder 2011 aufzuführen. Wir können uns nicht vorstellen, dass ein Flachdach plötzlich nicht mehr saniert werden muss. Im IAFP sind zahlreiche solcher Beispiele von plötzlich verschwundenen Mitteln zu finden.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Die entsprechenden Mittel sind im Konto 3750.503.1675, Niederwangen Schulanlage, Flachdachsanie rung, Klassentrakt Aula + TH, auf Seite 26 unter HR 2009 eingestellt.

Rolf Zwahlen (EVP): Gibt es eine ähnlich einfache und plausible Erklärung für das Konto, 3750.503.1102, Wabern Dorf, Heizungssanie rung auf Seite 24?

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Auch dieser Betrag ist auf Seite 26, in Konto 3750.503.1330 unter HR 2009 zu finden.

Heinz Engi (FDP): Auf Seite 24 sind unter dem Konto 3750.503, Fussballfeld neu, für das Jahr 2013 50'000 Franken eingestellt. Für diesen Betrag ist jedoch keine Realisierung eines neuen Fussballfeldes möglich.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Dieser Betrag ist für die Planung eines neuen Fussballfeldes vorgesehen.

Produktegruppen flächendeckend Seiten 39 – 88

Ignaz Caminada (CVP): Einleitend habe ich angeführt, dass das Instrument IAFP sehr gut ist. Anscheinend verschieben sich hier jedoch einzelne Konti. Ich habe eine Frage zu Seite 71 zum Produkt 118.3, Einbürgerungen. Ich bin der Meinung, dass die Gebühren für die Einbürgerungen die Kosten der Verwaltung decken müssen. Hier sind aber Gebühreneinnahmen im Umfang von 240'000 Franken aufgeführt, demgegenüber beträgt der Aufwand 92'000 Franken. Sind die Gebühren zu hoch angesetzt? Eine Frage noch zu Seite 78: Im IAFP sollen die mittel- und die langfristigen Änderungen der Gewichtungen dargestellt werden. Zurzeit ist nur eine lineare Extrapolation sichtbar. Der politische Wille Änderungen vorzunehmen, ist entweder nicht vorhanden oder kommt im vorliegenden IAFP nicht zum Ausdruck. Hier widerspreche ich Christoph Salzmann und nehme als Beispiel auf Seite 78, das Produkt 124, Umweltschutz und Energie. Erst kürzlich haben wir im Parlament die Energiestrategie 2010-2035 gutgeheissen. Wir haben damals nach den Kosten für die Umsetzung der Energiestrategie gefragt. Ziehen wir nun den IAFP zu Rate, kann festgestellt werden, dass die Energiestrategie bis ins Jahr 2014 nur geringfügige Mehrkosten verursacht, d. h. die Kosten nehmen jährlich um 16'000 Franken zu, respektive jeweils um 1,8 Prozent.

Gemeinderätin Marianne Streiff (EVP): Selbstverständlich sind auch in unserer Gemeinde die Einbürgerungen kostenneutral. Im von Ignaz Caminada angeführten Produkt 118.3, Einbürgerungen, sind unter Ertrag jene Mittel aufgeführt, die von den betroffenen Personen für das Einbürgerungsverfahren zu entrichten sind. In der Rubrik Aufwand sind leider nur jene Beträge erfasst, die wir dem Kanton ausrichten und jene Mittel, die für die Einbürgerungskommission aufgewendet werden. Die ganze Verwaltungsarbeit, die wir jeweils separat auflisten, ist hier nicht ersichtlich. Aufwand und Ertrag halten sich jedoch die Waage, wir generieren keinen Gewinn.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Die Energiestrategie ist an der letzten Parlamentssitzung zur Kenntnis genommen worden. Aufgrund des kurzen Vorlaufs hätten nicht im Sommer bereits Mittel dafür in den IAFP eingestellt werden können. Im nächsten Jahr wird dies, aufgrund der Kenntnisnahme der Energiestrategie im Parlament, anders sein.

Christian Roth (SP): Seite 67, Punkt 115.1, Volksschulen: Mit grosser Besorgnis nehme ich zur Kenntnis, dass die Gemeinde einmal mehr aufgrund der erneut schwierigen Finanzlage leider die Betriebsmittel der Schulen nicht erhöhen kann. An Elternabenden höre ich oft, dass die finanziellen Mittel, die die Gemeinde für Klassenlager etc. zur Verfügung stellt, sehr knapp und bescheiden sind. Hier sehe ich Handlungsbedarf. Mich interessieren insbesondere die Pläne in diesem Bereich.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Wir haben unterschiedliche Wahrnehmungen in Bezug auf die Volksschulen im Globalbudget. Im Vergleich sind die Schulen der Gemeinde Köniz im Kan-

ton Bern recht gut gehalten. Wünsche nach mehr bestehen immer. Wie Gemeindepräsident Luc Mentha angeführt hat, waren die Budgetrunden hart. Christian Roth kann mir aber nicht entlocken, was ich in Zukunft in diesem Bereich vorzunehmen gedenke.

Fokus-Produktgruppen Seiten 89 -107

Ignaz Caminada (CVP): Ich danke für die jeweils kurzen, guten und für mich nachvollziehbaren Antworten. Bei der Definition der Planwerte für die nächsten zwei Jahre hat die CVP/EVP-Fraktion das Gefühl, dass die Erfahrungen aus dem Jahr 2008 einfließen sollen. Hier sind wir mit der in der GPK abgegebenen Antwort nicht einverstanden. Es macht in unseren Augen keinen Sinn, wenn z. B. auf Seite 94 die Anzahl Plätze der Kitas stur bis ins Jahr 2011 mit 120 angegeben werden. Bereits im Jahr 2008 waren es 127 Kita-Plätze. Wir werden folglich das Ziel immer wieder übertreffen. Man kann die Sache aber auch dahingehend verstehen, dass der Gemeinderat dafür besorgt sein könnte, bis Ende 2011 wieder beim Ziel von 120 Kita-Plätzen zu landen. Dasselbe könnte für Seite 96, Produkt 113.30, Anzahl Mahlzeiten, gelten. Ist es das Ziel, die Planwerte möglichst hoch zu übertreffen oder möglichst genau zu erreichen? Diese Frage lasse ich im Raum stehen. Es gibt jedoch auch nicht erhebbare Kennzahlen, wie z. B. die Anzeigen aufgrund von Beschädigungen auf Seite 100. Dort ist aufgeführt, dass diese Zahl im Jahr 2008 nicht erfasst werden kann, weil die Anzeigen wegen Sachbeschädigungen in die Kompetenz der Kantonspolizei fallen. Im IAFP ist dieses Ziel – da nicht erhebbar – umgehend zu streichen, so beweglich muss man doch sein können. Der gesunde Menschenverstand soll hier Oberhand gewinnen. Der Aussage, dass nichts geändert wird, können wir widersprechen, weil im IAFP doch eine gewisse Flexibilität vorhanden ist. Auf Seite 66 im Produkt 115.3, Volksschulen ist neu, neben der Schulzahn- und Gesundheitspflege, auch die Schulsozialarbeit enthalten. Scheinbar kann die Verwaltung also Änderungen vornehmen, ohne das Parlament zu fragen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich bitte Ignaz Caminada um etwas Vertrauen. Der Gemeinderat hat bereits in der Beantwortung eines Vorstosses festgehalten, was er in den nächsten Jahren vorzunehmen gedenkt. Wenn der neu zusammengesetzte Gemeinderat im nächsten Jahr die Legislaturziele bestimmt, werden die Zahlen angepasst.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich ergänze Gemeinderat Ueli Studer dahingehend, dass wir uns aufgrund verschiedener Wortmeldungen in der GPK gut überlegen werden, wie genau Planzahlen zu handhaben sind. Es ist jedoch heikel, kurz vor dem Wechsel in die nächste Legislaturperiode zu bestimmen, was für die Folgejahre zu planen ist. Die von verschiedenen Seiten angebrachten Bedenken nehmen wir jedoch auf.

Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom vorliegenden IAFP für das Jahr 2010.
(abgegebene Stimmen: 8 zustimmend, 28 teilweise zustimmend)

4. Voranschlag 2010

Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Wir beraten den Voranschlag 2010 wie folgt: Zuerst hält der GPK-Referent sein Votum, danach der Gemeindepräsident und anschliessend die Fraktionssprecherinnen und –sprecher mit der Möglichkeit, Rückweisungsanträge zu stellen. In der Detailberatung besteht die Möglichkeit, Änderungsanträge zum Voranschlag 2010 und dem Steuerfuss zu beantragen.

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Der Gemeinderat legt dem Parlament den Voranschlag 2010 mit einem Aufwandüberschuss von 1,956 Millionen Franken vor. Dies bei einer Senkung des Steuerfusses um 0,5 Steuerzehntel auf 1,49. Die GPK hat den IAFP und den Voranschlag 2010 an ihrer Sitzung in rund 4 Stunden eingehend geprüft und darüber debattiert. Verschiedene Angaben habe ich bereits in Traktrandum 3, IAFP 2010, angebracht.

Vorbemerkungen: Die Integration der so genannten Buchhaltung 5, verwaltungsfremde Institutionen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, ist auf Weisung der Revisionsstelle in die ordentliche

Buchhaltung erfolgt. Den besten Überblick über die Auswirkungen bietet Seite 13 im Voranschlag 2010. Die Umstellung von sieben auf fünf Direktionen per 1.1.2010 gewährleistet die Vergleichbarkeit der Zahlen nicht überall.

Die Eckdaten des Budgets: Der Personalaufwand sinkt um 1,3 Prozent im Vergleich zum Voranschlag 2009, ist aber um 5,9 Prozent höher als in der Rechnung 2008. Es wird keinen Teuerungsausgleich geben, weil eine Negativteuerung vorhanden ist. Für Beförderungen sind 300'000 Franken vorgesehen. Der Anstieg des Sachaufwandes ist moderat. Steigende Ausgaben festzustellen sind bei Entschädigungen und Beiträgen, Lastenausgleich und Sozialabgaben. 50 Prozent der Kosten, die in den Lastenausgleich weitergegeben werden, müssen durch die Gemeinden selber übernommen werden. Auf der Ertragsseite rechnet man mit um 0,5 Prozent tieferen Steuererträgen als im Voranschlag 2009 und 5,9 Prozent tiefer als in der Rechnung 2008.

Die Diskussionen in der GPK: Auf die Frage, weshalb die Steuersenkung per 1.1.2010 ausgelöst wird, antwortete der Gemeinderat, dass er das Versprechen der Steuersenkung gegenüber den Steuerzahlerinnen und -zahlern höher gewichtet als die düsteren Prognosen. Trifft die optimistische Variante des Finanzplans ein, werden wir die Durststrecke von vier bis fünf Jahren mit einem kleinen Rest Eigenkapital überstehen. Verschiedene GPK-Mitglieder haben vom Gemeinderat eine Steuersenkung ohne Budgetdefizit erwartet. Das Sparpotenzial sei noch nicht voll ausgenützt worden. Ausserdem bestehe die Möglichkeit, das Budget zurückzuweisen und das Vorliegen eines ausgeglichenen Voranschlags 2010 zu verlangen. Das würde jedoch nur dann Sinn machen, wenn dem Gemeinderat eine klare Linie vorgegeben werden könnte. Das Problem besteht darin, dass eine Rückweisung verbunden mit einem Auftrag nicht sinnvoll ist und Kürzungsanträge im HRM-Budget nicht zielführend sind. Hier setzt die GPK grosse Hoffnungen in die zukünftige Finanzkommission, da diese früher in den Budgetprozess integriert werden und ihre Meinung eher kundtun kann. Aufwand und Ertrag einer Rückweisung sind bestritten und die Mehrheit der GPK verzichtet darauf. Wir erwarten aber, dass der Gemeinderat im nächsten Jahr eine Strategie entwickelt, wie er gedenkt, die Finanzen im Lot zu halten. Diverse weitere Fragen, auf die ich hier nicht eingehe, sind zu Detailkonti gestellt worden.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderates zum Voranschlag 2010 zu folgen. Die Gründe für die 2 Enthaltungen: Einerseits liegt der Wunsch nach dem Vorliegen eines ausgeglichenen Budgets mit Steuersenkung vor. Andererseits stellt sich die Frage des richtigen Zeitpunkts für eine Steuersenkung.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Das im Voranschlag 2010 ausgewiesene Defizit gefällt auch der SP-Fraktion nicht. Leider sind voraussichtlich steigende Ausgaben, die nicht von der Gemeinde gesteuert werden können und sinkende Erträge dafür verantwortlich. Die Sozialausgaben können gemäss Berechnungen des Kantons in den nächsten zwei Jahren um 30 Millionen Franken steigen. Davon bleibt, trotz Lastenausgleich, etwas an der Gemeinde Kölniz hängen. Über die den Ertrag schmälernenden Fakten muss ich mich nicht äussern, sie können den Unterlagen entnommen werden. Trotz Sparanstrengungen bleibt unter dem Strich ein Defizit von nicht ganz einem Prozent des Umsatzes. In den Augen der SP-Fraktion kann dieses Defizit – wenn auch mit Sorgenfalten – akzeptiert werden, da wir zurzeit über Eigenkapital in der Höhe von drei Steuerzehnteln verfügen. In diesem Sinn gehen wir mit dem Gemeinderat einig, dass diese Mittel antizyklisch einzusetzen sind. Allerdings dürfen solche Defizite nicht zur Gewohnheit werden. Wir stehen hinter den vorgeschlagenen Ausgabenerhöhungen zugunsten der Kitas, der Integration von ausländischen Staatsangehörigen, der Lehrstellenvermittlung, der Schulsozialarbeit, usw. Wir versprechen uns dafür langfristig eine strukturelle Kostenreduktion der Sozialausgaben und eine Verbesserung des Steuersubstrates. Wir möchten die Ausgaben nicht zugunsten der kosmetischen Schönheit eines ausgeglichenen Voranschlags 2010 opfern. Uns freut generell, dass der Personalaufwand gemäss Buchhaltung 1 unter jenem der Rechnung 2008 liegt und damit der Teuerungsrückstand des Personals nun abgebaut ist. Unser Kampf für den Teuerungsausgleich beim Gemeindepersonal im letzten Jahr hat sich gelohnt. Damit ist kein Nachholbedarf mehr vorhanden. Mit der Steuerreduktion um 0,5 Steuerzehntel und der familienfreundlichen Variante der kantonalen Steuergesetzrevision, wird die Steuerbelastung für Familien und Alleinerziehende mit 2 Kindern und einem Reineinkommen von 80'000 Franken gegenüber dem Jahr 2002 um 200 Franken reduziert. Das freut uns. Vorhin habe ich von der kosmetischen Schönheit eines ausgeglichenen Budgets gesprochen. Das Defizit von 0,96 Prozent des Umsatzes liegt weit unter der Budgetungenauigkeit von zwei bis drei Prozent. Die Rechnung 2010 kann positiver, aber auch negativer als vorgesehen ausfallen. Die Hoch-

rechnungen für das Jahr 2009 zeigen, dass die Unsicherheit durchaus noch grösser sein kann. Genau werden wir das aber erst im neuen Jahr wissen. Mit dieser Unsicherheit müssen wir auch im Voranschlag 2010 leben.

Die SP stimmt nach sorgfältiger Diskussion mehrheitlich dem Antrag des Gemeinderates zu.

Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos): Die SVP-Fraktion hat den Voranschlag 2010 geprüft. Über das Ergebnis sind wir sicher nicht begeistert. Wir sind jedoch der Meinung, dass eine Rückweisung keinen Sinn macht. Bis zur Dezembersitzung das Vorliegen eines ausgeglichenen Voranschlags 2010 zu verlangen, wäre nicht realistisch. Die Erarbeitung eines konkreten Auftrags mit konkreten Vorschlägen im Parlament wäre schwierig und nicht seriös. Die Senkung des Steuerfusses auf 1,49 haben wir der Bevölkerung im letzten Jahr versprochen und sie ist angebracht. Die Steuererhöhung ist seinerzeit zum Abbau des Bilanzfehlbetrages vorgenommen worden. Dieses Ziel ist erreicht und ich denke, nun darf die damals gemachte Erhöhung des Steuerfusses nicht zur Deckung des stetig steigenden Aufwandes gebraucht werden. Mark Stucki hat gesagt, dass Ausgaben nicht gottgegeben sind und dieser Meinung sind auch wir. Wir stellen fest, dass die Ausgaben über den Lastenausgleich ein gewisses Risiko bergen, weil sie ohne unseren Einfluss plötzlich steigen können und so genannt gebundene Ausgaben werden. Die Möglichkeiten für allfällige Einsparungen sind eingeschränkt. Die Gemeinde kann nur in wenigen Punkten autonom entscheiden. Wir nehmen den Aufwandüberschuss von 1,956 Millionen Franken zur Kenntnis, sind aber der Meinung, dass wir uns diesen aufgrund des vorhandenen Eigenkapitals einmalig erlauben können. Für die weiteren Jahre sind wir alle gefordert, den Aufwand wieder den Erträgen anzupassen. Das werden wir mit dem heute eingereichten Vorstoss ultimativ fordern. Wenn wir den Aufwandüberschuss akzeptieren, verzichten wir in der Detailberatung auf Kürzungsanträge in einzelnen Budgetposten. Die SVP-Fraktion wird, wenn auch nicht mit grosser Begeisterung, dem Antrag des Gemeinderates in beiden Punkten zustimmen.

Fraktionssprecher Mark Stucki (FDP): Jahrelang haben wir im Parlament anlässlich der Budgetberatungen poltern können. Heute sind differenziertere Töne angebracht. Im Voranschlag 2010 gibt es Licht, aber auch Schatten und die beiden liegen sehr nahe beieinander. Der Voranschlag 2010 bringt allem voran eine Steuersenkung. Seit Jahren haben wir Freisinnigen verlangt, die versprochene Senkung des Steuerfusses auf 1,45 umzusetzen. Bereits im letzten Jahr wäre dies machbar gewesen. Dieses Jahr scheint eine – kurz vor den Wahlen vermutlich nicht ganz uneigennützig – Mehrheit möglich, gemäss dem Motto: Gestern wollten wir nicht können und Morgen können wir nicht wollen. Wahlen können aber einen durchaus positiven Effekt haben. Mit der Senkung des Steuerfusses auf 1,49 ist eine Mehrheit für die Einlösung eines ersten Teils des Versprechens. Wie ist dieser Schritt einzustufen? Ist er zu gross oder zu klein? Dafür, dass er allenfalls zu gross sein könnte, spricht die Tatsache, dass für nächstes Jahr ein Defizit budgetiert wird. Das kann ein Grund für die Ablehnung oder Rückweisung des Budgets sein, oder ein Grund dafür, 1,9 Millionen Franken aus dem Voranschlag zu kürzen. Wir werden jedoch keine dementsprechenden Anträge stellen. Finanzpolitisch ist dieses Defizit schwer zu vertreten, konjunktur- und vor allem steuerpolitisch ist es hingegen vertretbar. In der Nutzenabwägung der aktuellen wirtschaftlichen Situation, angesichts des Eigenkapitals, des zu hohen Steuerfusses, des uneingelösten Versprechens und der doch langsam etwas besseren Konjunkturprognosen, kann so Ja gesagt werden. Der Schritt ist nicht zu gross, der Weg aber noch weit. Ist dieser Schritt allenfalls zu klein? Seit Jahren verlangen wir Freisinnigen eine längerfristige Senkung des Steuerfusses auf 1,45; die Bevölkerung hat diese Forderung mit einer Petition unterstützt. Die finanzielle Entwicklung der letzten Jahre hat bewiesen, dass das in Köniz möglich wäre, eine sparsame Finanzpolitik vorausgesetzt. Möglich nicht nur bei schönem, sondern auch bei durchzogenem Wetter. Gegenwärtig ist leider Sturmwarnung und ausgerechnet bei Sturm den grösseren Schritt zu machen, wäre gefährlich. Gefährlich, weil sonst entweder das Defizit wachsen würde oder aber linear kurzfristig Leistungen abgebaut werden müssen. Das wäre keine verantwortungsvolle Politik. Der Schritt ist nicht zu klein, der Weg ist aber noch weit. Der Schritt ist angemessen. Damit können wir aber nicht die Hände in den Schoss legen. Einerseits wollen und müssen wir das Versprechen der Senkung des Steuerfusses auf 1,45 nicht aus den Augen verlieren, Versprechen können nicht nur zum Teil eingelöst werden. Andererseits stellt sich die Frage, wie mit dem veranschlagten Defizit umzugehen ist. Betrachten wir das Budget näher, ist es weder ein Schlechtwetter- noch ein Schönwetterbudget. Ein wirkliches Sparbudget ist es aber auch nicht, der Leistungskatalog ist sehr umfassend und auf einem qualitativ hohen Niveau. Das ist gut so. Ohne genaue Kenntnis der Konsequenzen und ohne umfassende Analyse, hier und dort aber einige Hunderttausend Franken herauszukürzen, wäre zufällig und politisch schwer umsetzbar. Die Zukunft darf aber nicht Jahr für Jahr ein Defi-

zeit nach dem anderen bringen. Hier sind die Entscheidsträger im Gemeinderat und in der künftigen Finanzkommission gefordert. Budgets müssen Posten für Posten, Aufgabe für Aufgabe geprüft und hinterfragt werden. Nicht nur vom Gemeinderat, sondern auch vom Parlament. Wir brauchen auch künftig finanzpolitischen Spielraum, sei es für allenfalls neue wichtige Aufgaben oder für die Einlösung von Versprechen. Diese Aufgabe muss sofort angegangen werden, das hat wenig mit Konjunktur zu tun. Wir haben deshalb einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Wir müssen heute die Verantwortung für die Zukunft übernehmen.

Die FDP/jfk-Fraktion wird dem Voranschlag 2010 zustimmen, weil er endlich in Bezug auf den Steuerfuss ein Schritt in die richtige Richtung ist. Richtig auch bei den relativ hohen Investitionen. Wir sagen auch ja zu den anderen Teilen des Budgets, ja zu den geplanten Ausgaben und ja zum budgetierten Defizit im Voranschlag 2010. Dieses Ja ist aber kein Ja zu einer künftigen Defizitwirtschaft.

Fraktionssprecher Markus Bont (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Ausarbeitung des Voranschlags 2010. Gemäss diesem wird der Steuerfuss auf 1,49 gesenkt. Der Gemeinderat hält sein Versprechen ein, ein Zeichen ist gesetzt. Dem Steuerzahler und der Steuerzahlerin wird auf der einen Seite ein kleiner Beitrag zurückerstattet. Auf der anderen Seite ergibt sich ein Defizit von rund 2 Millionen Franken. Wir haben uns gefragt, was die Gründe dafür sind. Wir finden, dass der Budgetfehlbetrag ein Warnzeichen ist. Die Einnahmen nehmen aufgrund der Krise weiter ab. Sicherlich ist es richtig, das bestehende Eigenkapital antizyklisch einzusetzen. Ewig hält dieses aber nicht. Wir betrachten es als positiv, dass die Investitionen trotz der Krise bei rund 12 Millionen Franken bleiben. Wichtige Projekte müssen nun umgesetzt werden und die Erhaltung der gemeindeeigenen Infrastruktur ist wichtig. Unserer Fraktion ist aufgefallen, dass die Integration der Buchhaltung 5 in die Laufende Rechnung schwierig zu lesen ist.

Die EVP/CVP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Eine Familie mit zwei Kindern und einem Nettoeinkommen von 80'000 Franken musste im Jahr 2002 2'100 Franken Steuern bezahlen. Im Jahr 2010 bezahlt dieselbe Familien – sofern wir den Steuerfuss nicht senken – 1'944 Franken, d. h. bereits weniger. Senken wir den Steuerfuss auf 1.49, bezahlt die Familie noch 1'880 Franken. Die Steuersenkung beträgt für diese Familie 63 Franken, was ungefähr einem Kaffee mit Gipfeli pro Monat entspricht. Daraus ziehe ich zwei Schlüsse: Erstens bezahlt ein Grossteil der Bevölkerung bereits heute weniger Gemeindesteuern als vor der Steuererhöhung. Zweitens bringt die Steuersenkung für einen grösseren Teil der Bevölkerung relativ kleine Einsparungen. Ich erwähne hier, dass der Anstieg der Krankenkassenprämien für 2010 für unsere Familie Mehrkosten von 2'200 Franken ausmacht. Aus dieser Sicht muss festgehalten werden, dass die Steuersenkung für einen grösseren Teil der Bevölkerung eine Art Symbolhandlung ist. Symbole sind aber wichtig, vor allem im Hinblick auf die kommenden Wahlen und werden zurzeit sehr emotional diskutiert. In diese Richtung geht auch das vor sieben Jahren gemachte Versprechen: Die Gemeinde Köniz senkt den Steuerfuss wieder, sobald die Finanzen dies zulassen. Wir sind hier der Meinung, dass sich die Bevölkerung auf die Könizer Politik verlassen können soll. Die Steuersenkung ist für einen Grossteil der Bevölkerung relativ klein. Für die Gemeinde bedeutet dies aber in der derzeitigen Situation 2,7 Millionen Franken weniger Einnahmen. Würde der Steuerfuss nicht gesenkt, fiel der Voranschlag 2010 positiv aus. Die Zukunftsaussichten sind bedrohlich. Zusätzlich haben wir Grünen den Eindruck, dass im Voranschlag 2010 deutlich weniger Luft enthalten ist als im Voranschlag 2009. Die Gemeinde Köniz verfügt jetzt aber über Eigenkapital und wir sind der Meinung, dass dieses nun antizyklisch einzusetzen ist. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, dass die Investitionen hoch gehalten werden. Damit kann die lokale Wirtschaft stabilisiert werden. Wichtig und für uns entscheidend ist, dass die Investitionen zukunftsweisend sind. Köniz soll für die Zukunft gerüstet und bereit sein für die Zeit nach dem Erdöl. Wir betrachten die Entwicklung mit Sorge. Massnahmen müssen rechtzeitig ergriffen werden. Der jetzt eingeschlagene Weg zwingt uns zum haushälterischen und effizienten Umgang mit knappen Ressourcen. Was für die Ökologie zählt, zählt für uns Grüne auch im Bereich der Finanzen.

Deshalb stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates zu, jedoch mit einigem Zögern. Anlässlich der Budgetdebatte 2009 hat Daniel Oester damals erklärt, dass schlimmstenfalls der Steuerfuss wieder erhöht werden könnte.

Bernhard Bichsel (jfk): Daniel Oester hat damals in seinem Votum auf die Angstmacherei reagiert, dass bei einer Senkung des Steuerfusses zu wenig Mittel vorhanden sein könnten. Auch dieses Jahr befinden wir Jungfreisinnigen uns wieder in einem Spagat. Wir fordern seit

Jahren die Senkung des Steuerfusses auf das Niveau von 2002, d. h. auf 1,45 bei einem ausgeglichenen Budget. Zudem ist uns grundsätzlich der Schuldenabbau wichtig, weil die Schulden von heute die Steuern von morgen sind. Als einziger Jungpartei ist uns das Anliegen, den kommenden Generationen gewissen Handlungsspielraum zu geben, sehr zentral. Uns ist klar, dass diese Forderung nicht einfach ist. Der einfachste Weg ist jedoch nicht immer der richtige. Viel wichtiger scheint uns die Frage, ob unsere Forderung realistisch ist. Wir sind der festen Überzeugung, dass dem so ist, wenn man nur wollte. Für 2010 liegt ein Voranschlag mit einem etwas tieferen Steuerfuss vor, der ein Defizit beinhaltet. Unsere Forderung nach einem ausgeglichenen Budget wie auch nach einem Steuerfuss von 1,45 sind demnach nicht erfüllt. Wir haben lange überlegt, was wir in dieser Situation zu tun gedenken und einen Rückweisungsantrag ins Auge gefasst. Wie sich aber anlässlich der Diskussionen nun zeigt, hätte ein solcher bei den derzeitigen politischen Verhältnissen keine Chance. Deshalb haben wir uns entschieden, im Sinn einer konstruktiven Mitarbeit in diesem schwierigen Umfeld, dem Kompromissvoranschlag 2010 zuzustimmen. Ich gebe dem Gemeinderat im Namen der Jungfreisinnigen folgendes auf den Weg: Der Steuerfuss soll in Zukunft bei 1,45 liegen. Wir verlangen, dass dem Parlament ausgeglichene Voranschläge und Rechnungen präsentiert werden und wir erwarten, dass der Schuldenabbau für konjunkturell bessere Zeiten vorgesehen wird.

Alfred Arm (SP): Mein Votum fällt etwas anders aus als die vorhergehenden. Stefan Lehmann hat festgestellt, dass Nebel aufzieht. Dieser Nebel ist kein Naturereignis, sondern – betrachtet man die Gemeindefinanzen und die Senkung des Steuerfusses – selbstgemacht. Die bisher gehaltenen Voten stärken mein Gefühl, dass sich etliche im Nebel bewegen und nur wenig sehen. Ich will begründen, weshalb keine Senkung des Steuerfusses vorgenommen werden soll. Die Finanzkrise ist nicht absehbar und weil sie ein grösseres Ausmass hat, scheint es mir nicht verantwortlich, den Steuerfuss zu senken. Das nun geäußerte Eigenkapital soll – so ist es im Finanzplan gemäss Variante im IAFP vorgesehen – bis 2014 wieder aufgebraucht sein. Das sind keine erfreulichen Aussichten und ich verstehe nicht, weshalb der Steuerfuss gesenkt werden soll. Bereits seit Jahren halte ich fest, dass die wichtige Kennzahl Investitionsanteil in der Gemeinde Köniz mit rund 10 bis 11 Prozent zu tief ist und bis 2014 wird sie noch weiter sinken, bis auf 7,43 Prozent. Investitionen werden damit aber nur aufgeschoben, d. h. man betrügt sich selber. So ist z. B. das Schlossareal nur mit den üblichen Mitteln in der Höhe von jährlich 500'000 Franken enthalten. Es läuft in meinen Augen darauf hinaus, dass in den nächsten Jahren keine Vorstösse, die höhere Kosten auslösen könnten, eingereicht werden sollten. Das wäre für die dynamische Gemeinde Köniz jedoch schade. Einen Grund, weshalb der Steuerfuss gesenkt werden soll, hat niemand angebracht. Er liegt in meinen Augen darin, dass Wahlen anstehen und scheinbar alle Politiker gerne Steuersenkungen versprechen. Ich gehe von einem etwas mündigeren Bürger aus, der die Erklärungen versteht, weshalb der Steuerfuss nicht gesenkt werden kann. Ich stimme dem Voranschlag 2010 nicht zu, im Besonderen nicht der Senkung des Steuerfusses.

Martin Graber (SP): Bernhard Bichsel hat in Bezug auf einen ins Auge gefassten Rückweisungsantrag die politischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament angesprochen. Diese sind nicht immer gleich und im letzten Jahr als wir über die Senkung des Steuerfusses abgestimmt haben, gab mein Stichentscheid als damaliger Parlamentspräsident, aber auch der Entscheid der Jungfreisinnigen, den Ausschlag für die Beibehaltung des Steuerfusses von 1,54. Ich sehe keine so klaren Mehrheitsverhältnisse wie Bernhard Bichsel. Ich bin froh, ist der Steuerfuss für 2009 nicht gesenkt worden. Ich bin froh, dass nun Eigenkapital in der Höhe von drei Steuerzehnteln vorhanden ist. Das ist nicht sehr viel. Die Gemeinde Köniz hat rund 38'000 Einwohner, die Stadt Zürich 380'000. Zürich hatte Ende 2007 Eigenkapital in der Höhe von 1'000 Millionen Franken, d. h. pro Einwohnenden 2'500 Franken. In der Gemeinde Köniz waren dies 500 Franken. Das Eigenkapital von Zürich wird bis Ende 2011 aufgebraucht sein. Dass das Vorhandensein von Eigenkapital für eine Gemeinde gut ist, zeigt das Beispiel Zürich sehr deutlich. Ich bin der Meinung, dass Eigenkapital vorhanden sein muss, um schlechte wirtschaftliche Situationen abfedern zu können. Aus diesem Grund werde ich dem Voranschlag 2010 zustimmen.

Peter Antenen (FDP): Zum Votum von Alfred Arm: Der Bilanzfehlbetrag ist abgebaut und nun ist Eigenkapital in der Höhe von drei Steuerzehnteln vorhanden. Wir haben der Bevölkerung seinerzeit versprochen, den Steuerfuss wieder zu senken, sobald dies finanziell möglich ist. Alfred Arm hat vorhin erklärt, der mündige Bürger erwarte eine vernünftigeren Finanzpolitik von uns. Der mündige Bürger erwartet in meinen Augen aber auch, dass wir ehrlich sind und, so-

bald es möglich ist, die Senkung des Steuerfusses in kleinen Schritten angehen. Das tun wir und dieser Schritt ist verantwortbar.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Zuerst danke ich dem GPK-Referenten Stefan Lehmann für die Vorbereitung dieses Geschäftes wie auch des IAFP ganz herzlich. Er hat sehr sorgfältig und differenziert gearbeitet. Auch der GPK, die sich für die Vorbereitung der beiden Geschäfte IAFP und Voranschlag 2010 sehr viel Zeit genommen hat, danke ich an dieser Stelle. Ich danke für die doch sehr differenzierten und guten Voten. Die "Vaterschaft" für die im Voranschlag enthaltene Steuersenkung, wird nun von allen Seiten beansprucht. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Zeitpunkt für die Senkung des Steuerfusses im Voranschlag 2010 der richtige ist. Ich habe nie davon gesprochen, dass wir uns im Nebel befinden, sondern davon, dass wir uns im Sturm befinden. Dieser Vergleich passt besser. Aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise möchte ich auf das Votum von Alfred Arm zuerst antworten. In meinen Augen ist es richtig, dass er dieses Votum gehalten hat. Ich zolle Alfred Arm hohen Respekt. Ich habe mit vielen Einwohnenden der Gemeinde Köniz gesprochen, die der Meinung sind, dass eine Senkung des Steuerfusses in diesen Zeiten nicht erwartet wird. Dieser Meinung sind erstaunlicherweise auch viele Vertreter der KMU.

Ich erläutere die Politik des Gemeinderates: Mit Blick auf die Situation, die aufgrund der Finanz- und Weltwirtschaftskrise besteht, ist der Gemeinderat mit dem Voranschlag 2010 vier Punkte angegangen. Er hat eine kleine Steuersenkung vorgeschlagen, Sparmassnahmen beschlossen, gezielt eine Verstärkung des sozialen Netzes vorgenommen und er hat entschieden, das Investitionsvolumen hoch zu halten. Ich erläutere kurz die einzelnen Punkte. Die meisten Gemeinden sind angesichts des ungünstigen finanzpolitischen Umfelds froh, den Steuerfuss halten zu können. Der Gemeinderat von Köniz hat sich nicht damit begnügt und ist einen Schritt weitergegangen. Die Senkung des Steuerfusses um 0,5 Zehntel ist in unseren Augen in dieser schwierigen Zeit ein positives Zeichen. Wir sind aber der Meinung, dass das Risiko kalkulierbar ist. Der Schritt ist sicher mutig, eine weitergehende Senkung wäre unseres Erachtens jedoch nicht zu verantworten. Damit würden wir in extrem schwieriges Gelände geraten. Mit der kleinen Steuersenkung besteht unserer Auffassung nach keine Absturzgefahr. Die Senkung um 0,5 Steuerzehntel macht es aber möglich, sollte die Konjunktur wieder anziehen, rasch Eigenmittel zu bilden. Die Steuersenkung ist erfreulich, aber nicht unvernünftig. Wir haben uns dafür ausgesprochen, weil für uns das Versprechen, den Steuerfuss 2010 zu senken, höher zu gewichten ist als die unsicheren Prognosen. Damit wollen wir das Vertrauen der Bevölkerung stärken und die Kaufkraft in einem bescheidenen Ausmass stärken. Wir müssen Vertrauen schaffen, dann wird wieder investiert, konsumiert und die Wirtschaft kann sich wieder erholen. Für den Gemeinderat ist das Budgetdefizit ebenfalls unerfreulich, aber erklärbar. Erklärbar auf der Einnahmenseite aufgrund der Wirtschaftskrise, der tieferen Steuereinnahmen und der neuen Situation des Steuerzahlers Swisscom. Erklärbar auf der Ausgabenseite aufgrund von steigenden Kosten bei den Sozial- und Transferkosten. Mit drei Steuerzehnteln Eigenkapital kann in der gegenwärtigen Rezession ein Defizit in Kauf genommen werden. Viele Gemeinden, wie z. B. Muri, Ittigen, Münsingen, Lyss, Bolligen, Zollikofen, Biel, befinden sich in derselben Situation. Die erheblichen Sparanstrengungen habe ich bereits erläutert. Wir haben aber nicht nur gespart, sondern in diversen Bereichen unserer Auffassung nach notwendige Verstärkungen vorgenommen. Wir haben für das Standortmarketing zusätzliche Mittel gesprochen. Wir haben im Bereich Bildung und Familie Mittel für sechs neue Tagesschulen budgetiert, für zwölf Kita-Plätze und für 9'000 zusätzliche Betreuungsstunden. Im Bereich Betagte und Kranke ist der Ausbau der Stunden im Spitex-Bereich ins Budget aufgenommen worden. Ebenso sind Massnahmen zur besseren Integration der Ausländer im Budget 2010 enthalten, wie auch 33 neue Plätze für Sozialhilfeempfänger und mehr Mittel für die Lehrstellenvermittlung, Verstärkungsmassnahmen in der Schulsozialarbeit und beim Verein fractio sowie Erhöhungen der personellen Ressourcen bei der Sozialberatung, bei der Vormundschaftsverwaltung und bei den Amtsvormundschaften. Diese Budgeterhöhungen sind eine Antwort auf das wirtschaftliche Problem, in dem wir uns befinden und sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Der Gemeinderat hat angesichts der Wirtschaftskrise beschlossen, die Investitionen nicht herunterzufahren, sondern hoch zu halten, damit wir die lokalen KMU mit unseren Aufträgen stützen und Arbeitsplätze erhalten können. All dies hat zum vorliegenden Voranschlag 2010 mit dem ausgewiesenen Defizit geführt. Die Ursache liegt nicht in höherer Gewalt, sondern in der Wirtschaftskrise, die durch die Banken und gewisse Personen losgetreten worden ist. Wir müssen uns in der Gemeinde gut überlegen, wie wir damit umgehen. Ich bin nicht sicher, ob Einsparungen im Bereich von notwendigen Sanierungsmassnahmen von der Bevölkerung goutiert werden. Der Schuldenabbau ist auch ein Ziel des Gemeinderates. Wenn man sich jedoch vor Augen führt, wie viele Milliarden die Eidgenossenschaft in das Finanzsystem hineinpumpen musste, um den von

einigen von Gier getriebenen Bankmanagern verursachten Schlammassel zu beheben, muss das Ziel Schuldenabbau vorübergehend etwas in den Hintergrund rücken.

Detailberatung

Laufende Rechnung Seiten 1 - 13

Ignaz Caminada (CVP): Auf Seite 5, Personalaufwand, komme ich auf die Teuerung zu sprechen. Vor einem Jahr haben wir über die uralte Teuerungsrestanz von 0,4 Prozent aus den Neunzigerjahren debattiert. Die CVP/EVP-Fraktion hat damals erklärt, dass diese 0,4 Prozent zurückbehalten werden sollen, damit wir im neuen Personalregelement gegenüber den Gemeindeangestellten im Besitz einer Verhandlungsmasse sind. Nun stellen wir fest, dass für den Gemeinderat keine Restteuerung mehr vorhanden ist. Mit der kurzen Information auf Seite 5 sind diese 0,4 Prozent Teuerungsrestanz verschwunden. Wir fragen den Gemeinderat, was die restlichen 0,15 Prozentpunkte der Negativteuerung sind.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Es handelt sich um einen Teuerungsausgleichsvorsprung.

Beschluss

1. Der Voranschlag der Laufenden Rechnung 2010, der bei einem

Gesamtertrag von	Fr. 202'510'585.00
und einem Gesamtaufwand von	Fr. 204'466'957.00
einen Aufwandüberschuss von	Fr. 1'956'372.00

 ausweist, wird genehmigt.

2. Im Jahr 2010 sind folgende Steuern zu erheben:
 - die ordentliche Gemeindesteuer im 1.49-fachen Betrag der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze
 - die Liegenschaftssteuer von 1.2‰ auf dem amtlichen Wert der Liegenschaft
 - die Hundetaxe von Fr. 100.00 für jeden in der Gemeinde gehaltenen Hund.

(abgegebene Stimmen: 32 für Annahme, 1 für Ablehnung, 2 Enthaltungen)

5. 0918 Motion (SP) "Hundert neue, günstige Wohnungen"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Alfred Arm (SP): Wird dieser Vorstoss als Motion überwiesen, wird er Kosten auslösen. Deshalb stimme ich der Umwandlung in ein Postulat zu. Auch in der Gemeinde Köniz herrscht Wohnungsnot. Das behaupte ich nicht einfach, sondern das kann der Antwort des Gemeinderates auf meinen Vorstoss entnommen werden. Von einem funktionierenden Wohnungsmarkt wird gesprochen, wenn der Leerwohnungsbestand 1 Prozent beträgt. In Bern liegt die Quote bei 0,6 Prozent und in Köniz noch tiefer. Es herrscht ein angebotsorientierter Markt, d. h. der Anbieter kann relativ stark auf den Mietpreis einwirken. Hundert neue, günstige Wohnungen in fünf Jahren ist ein zentrales, sozialpolitisches Anliegen. Für dieses Anliegen sind wichtige Argumente vorhanden. In der Gemeinde Köniz findet man kaum günstige Wohnungen. Der soziale Wohnungsbau in Köniz ist – verglichen mit anderen Gemeinden – klein. Die neu gebauten Wohnungen sind meistens auf das Segment der gut oder sehr gut Verdienenden ausgerichtet, was auch der Antwort des Gemeinderates entnommen werden kann. Mit dem Vorstoss soll, aber nicht nur, Fürsorgeabhängigkeit verhindert werden. Der Begriff "neu" im Titel ist leicht irreführend, ich spreche hier besser von hundert günstigen Wohnungen. Die hundert günstigen Wohnungen sollen sozialpräventiv sein. Der Gemeinderat bestätigt dies in seiner Antwort mit dem interessanten Zitat: "Es ist auch sinnvoller, preisgünstige Wohnungen zur Verfügung zu stellen statt Unterstützung zu leisten. Dies betrifft nicht nur die "working poors", sondern auch IV- und Taggeldbezüger." Eine erste Klarstellung: Uns von der SP geht es nicht in erster Linie darum, "nur" potenziell Fürsorgeabhängigen zu günstigen Wohnungen zu verhelfen, sondern besonders Familien mit tiefen Einkommen. Gemäss Armutsstudie ist es heute leider ein Risiko, eine Familie zu gründen und Scheidungen oder Trennungen erhöhen dieses noch einmal. Es sind nicht mehr nur primär ältere Personen von Armut betroffen, sondern auch Familien und vor allem

Alleinerziehende. Eine zweite Klarstellung: Wir wollen keine Wohnghettos. Wir haben im Vorstoss mehrere Beispiele angeführt, wie der Wohnungsbau vergünstigt werden könnte. Aus der Antwort des Gemeinderates ist ersichtlich, dass der Bau von günstigen Neubauwohnungen ein doch eher schwieriges Vorhaben ist. Aus diesem Grund ist die in der Antwort formulierte Idee, die bereits bestehende Praxis weiterzuführen, günstige Altbauwohnungen zu erwerben und einfach zu renovieren, an sich gut. Der Vorstoss lässt mehrere Möglichkeiten offen, hundert günstige Wohnungen in fünf Jahren zu realisieren. Der Gemeinderat hat einige aufgezeigt, wie z. B. billigeres respektive preiswerteres Bauen, Land günstig zur Verfügung stellen, der Kauf von günstigen Wohnliegenschaften oder den gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Grössere Städte haben einen zum Teil erstaunlich hohen Anteil an genossenschaftlich oder staatlich vergünstigtem Wohnungsbau, z. B. Zürich mit 15 Prozent. Aus diesem Grund zählt Zürich zu den familienfreundlichen Städten. Die Gemeinde Köniz – zumindest der untere Teil – verstädert. Das Stichwort "familienfreundliche Gemeinde" soll auch für untere Einkommen gültig sein und bezahlbare Wohnungen für untere Einkommen sollen vorhanden sein. Der Gemeinderat beantragt die Umwandlung in ein Postulat. Unter den gegebenen Bedingungen stimmen wir dem Antrag zu, denn das Anliegen ist uns wichtiger als die Beibehaltung der Motion. Leicht zähneknirschend allerdings, aber mit der deutlichen Hoffnung verbunden, dass auch der neu zusammengesetzte Gemeinderat Mittel und Wege finden wird, dieses wichtige sozialpolitische Anliegen trotz Senkung des Steuerfusses umzusetzen.

Jan Remund (Grüne): Die Gemeinde hat in den letzten Jahren viel für die Realisierung von Wohnungen für den gehobenen Mittelstand unternommen. Die Grünen sind der Meinung, dass es nun an der Zeit ist, sich für günstigen Wohnraum einzusetzen. Das ist jedoch nicht ganz einfach. Bestehende Wohnungen dafür zu finden, wird schwierig. Neue Wohnungen sind sicher nicht so günstig wie alte. Zudem ist die Frage zu stellen, was überhaupt unter günstig zu verstehen ist. Auf alle Fälle ist eine gute Isolation nötig, denn die Energiepreise werden mit Sicherheit steigen. Die Totalkosten über die ganze Lebensdauer eines Hauses müssen mitberücksichtigt werden. Aus diesem Grund ist aus unserer Sicht das Erreichen des Minergie-P-Standards bei Neubauten unbedingt nötig und bei Renovierungen der Minergie-Standard. Das Beispiel Kassel-Marbachshöhe in Deutschland zeigt auf, dass sozialer Wohnungsbau mit 40 Wohneinheiten bereits vor 10 Jahren in Minergie-P-Standard möglich war. Bau und Investition sollen unserer Meinung nach aber nicht Gemeindeaufgabe sein. Deshalb muss sich die Gemeinde auf die Suche nach Investoren machen. Hier denken wir – wie auch die SP-Fraktion – an Baugenossenschaften. Als Orte können wir uns das Ried in Niederwangen, einen Teil des Bächtelenackers und andere vorstellen. Es darf auf jeden Fall keine Konzentration von solchen Wohnungen entstehen, damit eine gute soziale Durchmischung zustande kommt. Die anvisierten hundert Wohnungen sind ein anspruchsvolles Ziel. Dafür wären hohe Investitionen von ungefähr 30 bis 50 Millionen Franken notwendig. Das wird wahrscheinlich nicht erreicht werden. Der Gemeinderat soll sich trotzdem stark für das Ziel einsetzen. Die Grünen stimmen der Überweisung als Postulat grossmehrheitlich zu.

Rolf Zwahlen (EVP): Der Motionär, der Gemeinderat und auch die Mitglieder der CVP/EVP-Fraktion sind sich einig. In der Gemeinde Köniz sind günstige Wohnungen Mangelware und es besteht Handlungsbedarf. Sämtliche Begründungen im Vorstoss sind aus unserer Sicht richtig und auch der Gemeinderat stellt in der Antwort die dargestellte Situation nicht in Abrede. Gerade im Abschnitt "Beurteilung aus Sicht der Sozialhilfe" werden die Schwierigkeiten sehr klar und konkret aufgezeigt. Es wird aber auch klar, wie beschränkt die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde sind. Bei Liegenschaften in Privatbesitz kann höchstens an die Besitzer appelliert werden, ihre soziale Verantwortung wahrzunehmen. Bei den vom Gemeinderat aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten werden die Schwierigkeiten der Umsetzung offenbar. Hier ist die Politik gefragt. Es braucht wirklich umfassende Abklärungen, was mit welchen Massnahmen und mit welchen finanziellen Mitteln vorgenommen werden kann. Das ist aber, wie im vierten Abschnitt der Begründung im Vorstoss auch angeregt, ein Prüfungsauftrag, d. h. ein Postulat. Aus diesem Grund sind wir erleichtert, dass der Vorstoss nun in ein Postulat umgewandelt wird, und werden diesem grossmehrheitlich zustimmen.

Thomas Herren (FDP): Ich habe zur Kenntnis genommen, dass der Motionär der Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat zustimmt. Der Vorstoss liegt aber, angesichts der Budgetdebatte, wo Einigkeit darüber besteht, dass wir düsteren und stürmischen Zeiten entgegengehen, schräg in der Landschaft. Der Gemeinderat begründet in seiner Antwort, dass das Gewünschte zwar unrealistisch ist, aber er will trotzdem eine Strategie ausarbeiten, um in den nächsten Jahren Massnahmen zu entwickeln, wie günstiger Wohnraum geschaffen werden kann. In meinen Augen ist das aber Sand in die Augen derer gestreut, die dieses Ziel verfolgen. Die vorhande-

nen Lösungsansätze haben alle in sich selber den Beleg der Unmöglichkeit, wie z. B. "genügend Wohnraum schaffen". Ich erinnere daran, dass wir vor einem Jahr einem Vorstoss zugestimmt haben, der die Begrenzung der Bauzonenfläche auf dem heutigen Stand zum Gegenstand hatte. Damit sind Einzonungen für die Schaffung solch neuen Wohnraums, d. h. eine Nachfrage durch Angebotssteigerung zu befriedigen, nicht mehr möglich. Man muss solches somit im begrenzten Angebotspotenzial realisieren. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Staat – die Gemeinde Köniz – in den bestehenden Wohnungsmarkt eingreifen muss. Er zeigt auf, wie er dies vornehmen kann: Entweder werden sukzessive alle günstigen Liegenschaften aufgekauft und an jene vermietet, wo dieses Bedürfnis vorhanden ist. In der Schlussfolgerung zeigt er auf, dass damit Kosten in der Höhe von 30 bis 50 Millionen ausgelöst würden. Oder an Mietzinse, die über dem angestrebten Niveau liegen, werden laufend Beiträge geleistet. Bei 100 Wohnungen, die beispielsweise 500 Franken pro Monat zu teuer sind, können diese Beiträge einige Hunderttausend Franken ausmachen. Damit wird dem Markt faktisch ein Segment entzogen und man greift in einen Markt ein, der gar nicht existent ist, weil ein Nachfrageüberhang vorhanden ist. Auch die Hinweise des Gemeinderates auf die geplanten oder vor der Ausführung stehenden Projekte zeigen kein echtes Potenzial auf. Höchstens im Bächtelenacker könnte ein "Sozialhochhaus" realisiert werden. Mein Haupteinwand gegen die Steuerungspolitik, die sich die Gemeinde mit der Förderung des sozialen Wohnungsbau aufbürden würde, sind in meinen Augen die Kriterien der Zuweisung, d. h. wer in den Genuss des knappen Guts kommen soll. Als Vergabekriterien sollen gemäss den Postulanten die Prävention, d. h. die Verhinderung von Sozialabhängigkeit berücksichtigt werden. Das gilt jedoch nicht nur für die Gemeinde Köniz. Überall wo Personen den Mietzins nicht mehr bezahlen können, geraten diese in die Sozialhilfeabhängigkeit. Zum Kriterium "Verbundenheit mit der Gemeinde Köniz": In der Schweiz kennen wir die Niederlassungsfreiheit und ich rate davon ab, solche Kriterien zu definieren, denn mit einem solchen Eingriff in den Markt in diesem Bereich kann man sich leicht die Finger zu verbrennen. Gestehen wir uns doch ein, dass uns angesichts der herrschenden Rahmenbedingungen die Hände gebunden sind und bleiben werden. Nehmen wir den Bericht des Gemeinderates als Antwort auf ein Postulat an, das eine Berichterstattung zu einer bestimmten Massnahme verlangt. Dieser liegt nun vor und die Angelegenheit kann in meinen Augen zugleich als erledigt abgeschrieben werden. Die FDP/jfk-Fraktion wird das Postulat ablehnen.

Niklaus Hofer (SVP): Die Forderung nach günstigem Wohnraum ist auch in der SVP-Fraktion diskutiert worden. Für uns ist klar, dass ein grosser Teil des Einkommens von Mittelstandsfamilien für die Wohnung aufgebracht werden muss. Heute wird jedoch ein hoher Ausbaustandard verlangt und entsprechend teuer gebaut. Trotzdem ist für die SVP-Fraktion klar, dass nicht die Gemeinde Köniz dafür verantwortlich sein soll, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für 100 Wohnungen sind mit 30 – 50 Millionen Franken veranschlagt und das ist für unsere Gemeinde zu teuer. Die SVP-Fraktion wird dem Postulat aus diesem Grund nicht zustimmen.

Anna Mäder (SP): Ich nehme Bezug auf das Votum von Thomas Herren: Er hat erklärt, dass wir düsteren und stürmischen Zeiten entgegengehen. Gerade aber wenn Sturm aufzieht, haben mehr Personen das dringende Bedürfnis nach mehr günstigem Wohnraum. Im Bericht des Gemeinderates ist aufgeführt, dass der Bedarf nach günstigem Wohnraum unbestritten vorhanden ist. Wenn hier nun aber erklärt wird, das Postulat könne als erledigt abgeschrieben werden, kann ich das nicht nachvollziehen.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Wenn in der Wirtschaft eines Landes immer mehr Personen ihren Arbeitsplatz verlieren oder weniger verdienen, kann man nicht einfach erklären, dass Überlegungen in Richtung eines stärkeren Engagements zugunsten des preisgünstigen Wohnungsbaus daneben sind. Ich habe grosse Schwierigkeiten, diesen Überlegungen zu folgen. Der Entscheid des Parlaments, in der nächsten Ortsplanungsrevision die Bauzonen nicht auszuweiten, ist darauf zurückzuführen, dass in der Gemeinde Köniz allein für den Wohnungsbau 350'000 Quadratmeter Baufläche vorhanden sind. Damit sollte ein Wachstum und ein Engagement zur Ausweitung des Angebots möglich sein. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit dem Vorstoss auseinandergesetzt und ist wie der Postulant der Meinung, dass man sich über dieses Anliegen Gedanken machen muss. Wir haben die Motion als solche nicht zur Annahme empfehlen können, weil in der Forderung nicht umsetzbare Auflagen enthalten sind. Hundert günstige Wohnungen in der Gemeinde Köniz können nicht innert fünf Jahren realisiert werden. Die Forderung, Wohnungen zu realisieren, die den "quartierüblichen Mietzins" deutlich unterschreiten, ist angesichts der heutigen Bauteuerung nicht möglich. In Bümpliz werden zurzeit

durch einen gemeinnützigen Wohnbauträger an der Burgunderstrasse "günstige" Wohnungen erstellt. Eine Wohnung mit dreieinhalb Zimmern und 81 m² kostet inklusive Nebenkosten 1'806 Franken. Ein nächstes Beispiel: Unter dem Titel "Stadtwohnen.ch, konkurrenzlos günstig" kostete in Oerlikon eine in Minergiestandard realisierte Zweieinhalbzimmerwohnung im Jahr 2002 netto 1'400 Franken. Alfred Arm hat den Bericht des Gemeinderates zähneknirschend zur Kenntnis nehmen müssen. Den Sand zwischen den Zähnen hat er sich jedoch mit seiner Forderung selber gestreut. Der Gemeinderat ist froh, dass er eingelenkt und der Umwandlung in ein Postulat zugestimmt hat. Das Anliegen ist an sich legitim und wir wollen es prüfen. Es wird jedoch nicht tel quel umgesetzt werden können, das muss man realistisch sehen. Im Bereich des preisgünstigen Wohnens ist Handlungsbedarf vorhanden. An die Adresse der SVP- und der FDP/jfk-Fraktionen: Sie dürfen sich nicht zu stark von den im Bericht aufgeführten Kosten von 30 – 50 Millionen Franken schockieren lassen. Es kann durchaus sein, dass der Gemeinderat entsprechende Parzellen zu vergünstigten Konditionen an einen privaten Träger abgibt. Dies mit der Zielsetzung, ein möglichst tiefes Mietzinsniveau zu erreichen. Die Überweisung des Postulats ist auf keine Art und Weise ein Fanal dafür, dass die Gemeinde Köniz 30 – 50 Millionen Franken aus Steuergeldern für günstigen Wohnungsbau aufwerfen soll. Der Gemeinderat soll zur Erfüllung des Postulats eine Strategie entwickeln, den preisgünstigen Wohnungsbau so zu fördern, dass sich Dritte massgeblich engagieren und entsprechendes Investment tätigen. In diesem Sinn bitte ich Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Stephie Staub-Muheim (SP): Als Alfred Arm und ich neu in der GPK Einsitz hatten, war gerade das Projekt Schlossresidenz neu aufgegleist. Wir haben uns damals erlaubt, die Bewohner der nun abgerissenen Häuser an der Schlossstrasse zu befragen, wohin sie ziehen werden. Die Gemeinde Köniz hat damals diesen Personen geholfen, neue und möglichst günstige Wohnungen zu suchen. Das Unterfangen, bezahlbare Wohnungen für mittlere und untere Einkommen zu finden, war sicher nicht einfach, es konnten jedoch Lösungen gefunden werden.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: 19 dafür, 14 dagegen)

6. Verschiedenes

Parlamentspräsident Harald Henggi: Folgende Fristverlängerung ist gewährt worden:

0926 Motion (SP) "Zentrum von Köniz als Begegnungsort für Jung und Alt"
Ursprüngliche Frist: 21. Oktober 2009. Neue Frist: 21. Februar 2010. Der Antrag für die Fristverlängerung ist zum wiederholten Mal zum letztmöglichen Zeitpunkt gestellt worden. Das Parlamentsbüro fordert den Gemeindepräsidenten auf, mit sorgfältiger Planung und geeigneten Massnahmen Abhilfe zu schaffen.

Folgende Vorstösse sind neu eingereicht worden:

- 0935 Motion (FDP/jfk) "Ausgeglichene Finanzhaushalt langfristig sichern"
- 0936 Motion (SVP) "Finanzplanung"
- 0937 Motion (SP, EVP, Grüne, SVP) "Ein 'Haus der Musik' für die Gemeinde Köniz"
- 0938 Motion (SP) "Gedenkstätte oder Gemeinschaftsgrab für Engelskinder"

An der Sitzung vom 22. Juni 2009 ist bei der Genehmigung der Rechnung 2008 eine kleine Unsauberkeit geschehen. Wir haben über die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss in der Höhe von 1 Million Franken beraten. Dieser Nachkredit hat neben dieser einen Million Franken für die Spezialfinanzierung Schloss einen weiteren Nachkredit über Fr. 3'933.10 enthalten, wobei es sich um eine reglementarisch geforderte Einlage in die Spezialfinanzierung "Schutzwürdige Objekte" handelt. Die beiden Nachkredite laufen über dasselbe Konto und sind aus diesem Grund gemeinsam vorgelegt worden, obschon der kleinere Nachkredit in der Kompetenz des Gemeinderates liegt. Im Parlament haben wir materiell nur über die Einlage in die Spezialfinanzierung Schloss beraten, mit der Ablehnung aber den gesamten Kredit abgelehnt. Der Gemeinderat wird den Nachkredit über Fr. 3'933.10 genehmigen. Die Rechnungsabschluss-Zahlen verändern sich damit noch geringfügig. Die Gemeinderechnung 2008 schliesst nun bei Erträgen von Fr. 196'898'737.03 und Aufwendungen von Fr. 192'650'660.48 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4'248'076.55 ab.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Anlässlich der letzten Parlamentssitzung hat Bernhard Bichsel Folgendes festgehalten: "Die Interpellation zeigt auf, dass die Gemeindeverwaltung dringend ein PIS (Personalinformationssystem) sowie eine Personalstrategie benötigt." Die Personalstrategie ist längst erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen. Sie haben diese bereits zur Kenntnis genommen. Wir befinden uns nun in der Umsetzungsphase. Wir werden Ende 2009 die beiden Gemeinderätinnen Judith Ackermann und Marianne Streiff verabschieden. Ich teile mit, dass das Verabschiedungsfest am 14. Dezember 2009 ab 19.00 Uhr stattfinden wird. Eine entsprechende Einladung wird folgen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): In der Broschüre "Heimat heute" des Berner Heimatschutzes aus dem Jahr 2009 ist ein grosser Artikel über Köniz enthalten. Verfasst worden ist er durch unseren ehemaligen Gemeindeplaner Manfred Leibundgut und durch Gemeindeplaner Thomas Furrer. Der Artikel wird Ihnen als Sonderdruck mit dem nächsten Versand zugestellt.

Bernhard Bichsel (jfk): Zum Votum von Gemeindepräsident Luc Mentha: Ich habe in meinem Votum festgehalten, dass wir eine Personalstrategie dringend benötigen. Mir ist bewusst, dass eine solche bereits aufgegleist ist. Ich habe zugleich die Beschaffung eines PIS (Personalinformationssystem) gefordert. Gemeindepräsident Luc Mentha hat mich nun darüber informiert, dass die Evaluation erfolgreich abgeschlossen worden ist.

Claudia Egli (SP): An der letzten Parlamentssitzung habe ich erwähnt, dass heute im Namen der SP und der Ortsgruppe Wangental die Petition "kindgerechte Spielplätze in Oberwangen" eingereicht wird. Wir haben hauptsächlich in Oberwangen Unterschriften gesammelt und rund 400 Personen haben unterschrieben. Angesichts der Einwohnerzahl von Oberwangen ist dies eine beachtliche Anzahl. Ich komme auf die letzte Parlamentssitzung zu sprechen. Sie haben die Motion 0914 (SP) "Öffentliche Kinderspielplätze – eine Visitenkarte für die Gemeinde", abgelehnt. In der Antwort des Gemeinderates ist festgehalten, dass für den Spielplatz in Oberwangen im Jahr 18'000 Franken für die Erneuerung eingesetzt worden sind. Weshalb kommt die Erneuerung des Spielplatzes bei der Bevölkerung schlecht weg? Die Bevölkerung ist nicht miteinbezogen worden und die Geräte entsprechen nicht den Gegebenheiten. Die bewilligten Mittel sind für die falschen Spielgeräte eingesetzt worden. Ein Konzept oder eine Strategie wäre hier nützlich. Die Bevölkerung, auch die Kinder, sollen in die Planung miteinbezogen werden. Ich bitte den Gemeinderat, dies in Zukunft zu berücksichtigen.

Christian Burren (parteilos): Eine Bemerkung zum Projekt Tramlinie 10. Ende letzter Woche hat in Schliern eine öffentliche Informationsveranstaltung stattgefunden. Dabei sind verschiedene Möglichkeiten für die Tramwendschlaufe in Schliern vorgestellt worden. Grundsätzlich unterstützen auch wir Parlamentsmitglieder aus den landwirtschaftlichen Kreisen das Tramprojekt. Drei Varianten der Wendeschlaufe in Schliern verlaufen jedoch durch Landwirtschaftszonen. Das erstaunt mich doch sehr. Das Parlament hat entschieden, dass kein Kulturland in Bauzonen umgezont werden soll. An der Veranstaltung in Schliern sind wir dahingehend informiert worden, dass die Variante A3 – Plattenweg – favorisiert wird, wozu aber Umzonungen notwendig sein werden. Die Bevölkerung wünscht sich zwar die Annehmlichkeiten einer Tramlinie, den Lärm und sonstige Belästigungen, die eine solche Wendeschlaufe mit sich bringen, soll aber möglichst ins Grüne abgeschoben werden. Ich fordere den Gemeinderat auf, sich den Vorschlag von Tramwendschlaufen an den Kanton gut zu überlegen. Die Reaktionen, die ich während des Wochenendes aufgrund der Berichte in den Medien aus Landwirtschaftskreisen erhalten habe, waren massiv. Die Tramlinie soll Quartiere erschliessen und keine landwirtschaftlichen Flächen. In meinen Augen ist die Führung der Tramlinie so zu realisieren, dass sie von der Bevölkerung auch benutzt wird.

Hermann Gysel (EVP): Ich antworte Christian Burren: Wir verfügen einerseits über genügend Landwirtschaftsfläche, damit diese Tramwendschlaufe auf heutiger Landwirtschaftszone realisiert werden kann. Andererseits kommt erstens die Realisierung einer Tramwendschlaufe innerorts viel teurer zu stehen und zweitens ist der Entscheid für mich, ob dafür Häuser abgerissen werden müssen oder Landwirtschaftszone einzuzonen ist, schnell gefällt.

Stephie Staub-Muheim (SP): Ich komme auf das Votum von Claudia Egli bezüglich Kinderspielplätze zu sprechen. Die Motion ist vom Parlament abgelehnt worden, aber selbst die Presse war der Meinung, sie sei als Postulat angenommen worden. Gleichzeitig ist Gemeinderätin Rita Haudenschild in den Medien dahingehend erwähnt worden, dass nun ein Spielplatz nach

dem anderen saniert wird. Ich würde mich sehr freuen, wenn Mitte des nächsten Jahres eine Information über den Stand der Spielplatzsanierungen erfolgt.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich nehme Bezug auf das Votum von Christian Burren. Wie er richtig festgestellt hat, ist anlässlich der öffentlichen Information in Schliern für die mögliche Realisierung von Tramwendschlaufen in Schliern die Variante A3 bevorzugt worden. Auch ich habe in der Zwischenzeit Reaktionen aus landwirtschaftlichen und anderen Kreisen erhalten, die sich klar gegen diese Variante ausgesprochen haben. Schade ist nur, dass niemand bereits an der öffentlichen Informationsveranstaltung in diese Richtung reagiert hat. An der Diskussionsrunde haben Personen aus landwirtschaftlichen Kreisen teilgenommen. Diese Anliegen werden im Gemeinderat diskutiert. Die überwiesene Motion 0812 (SP) "Begrenzung der Bauzonen auf dem heutigen Stand" ist für den Gemeinderat in der laufenden Ortsplanungsrevision verpflichtend.

Parlamentspräsident Harald Henggi: Ich danke Gemeindepräsident Luc Mentha für die Einladung zur Abschiedsfeier der beiden Gemeinderätinnen Judith Ackermann und Marianne Streiff. Die Traktandendliste für die Sitzung vom 7. Dezember 2009 ist umfangreich und es ist mein Ziel, dass diese in einer Sitzung beraten werden können.

Im Namen des Parlaments

Harald Henggi
Parlamentspräsident

Markus Heinzer
Parlamentssekretär